

# Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

März/April 2018

02/2018

## Unser Mann für OPR-der von hier!

### Mit den Menschen statt über ihre Köpfe hinweg

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

am 22. April 2018 ist es soweit, ein neuer Landrat soll gewählt werden.

Im Land Brandenburg wird der Landrat direkt durch alle Wahlberechtigten gewählt, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Auf Grund der langen Amtszeit eines Landrates (acht Jahre) ist es wichtig, dass die Wählerinnen und Wähler mit Bedacht und Sorgfalt den bestmöglichen Kandidaten für dieses Amt erwählen.

Wir bieten den Bürgerinnen und Bürgern eine echte soziale Wahlalternative an - Christian Scherkenbach, der über die Liste der LINKEN kandidiert. Er ist Oberarzt an den Ruppiner Kliniken und setzt sich dort unter anderem als Betriebsratsvorsitzender und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender für die Belange und Anliegen der Arbeitnehmerschaft ein. Als Arzt bringt Christian Scherkenbach die erforderliche Menschenkenntnis und Erfahrung mit, um unseren Landkreis künftig sozialer und lebenswerter zu gestalten.

**Gemeinsam statt gegeneinander**

Mit Christian Scherkenbach wollen wir als LINKE die Probleme beheben, die in der Vergangenheit leider nicht ausreichend angegangen wurden. Der Landrat spielte in seiner Amtszeit oft die Ämter und Gemeinden gegen den Kreis aus. Der Haushalt des Landkreises wurde mit einer zu hohen Kreisumlage auf Kosten der Kommunen saniert. Die CDU stützte den Landrat stets bei dieser Unternehmung und verhalf ihm zur Mehrheit im Kreistag. Die Konsequenz war, dass es den Kommunen an finanziellen Ressourcen mangelte und sie somit soziale und kulturelle Projekte nicht ausreichend finanzieren konnten.

Ein Landrat darf die einzelnen Glieder des Kreises nicht gegeneinander ausspielen, sondern muss ausgeglichen und ergebnisorientiert agieren. Christian Scherken-

bach setzt sich daher für die Senkung der Kreisumlage ein, sodass es den Kommunen wieder ermöglicht wird, mehr Investitionen tätigen zu können. Ähnliches geschah auch im Zuge der gescheiterten Kreisgebietsreform. Die Beziehungen mit unserem Nachbarlandkreis, der Prignitz, wurden aufgrund der Kreisstadt-Frage - Perleberg oder Neuruppin - massiv geschädigt. Die Wogen wurden seitdem nicht geglättet, und es wird höchste Zeit, dies zu beheben, da sich der Nordwesten Brandenburgs nur erfolgreich entwickeln kann, wenn beide Landkreise zusammenarbeiten.

**Lebenswerte Region**

Unsere Region muss sich wieder sozial und lebenswert entwickeln. Gerade im ländlichen Raum und in den kleinen Städten liegt vieles im Argen. Unser Landratskandidat setzt sich deshalb u.a. dafür ein, dass die Busse auch am Wochenende, am Abend und in den Ferien fahren und die Angebote ausgebaut werden. Die Mobilität muss sich in OPR spürbar verbessern, damit auch der Arztbesuch oder die ehrenamtliche Arbeit gewährleistet werden kann. Insbesondere die Ehrenamtsförderung ist uns ein großes Anliegen, da z.B. die freiwilligen Feuerwehren den Zusammenhalt in den Dörfern erhalten und Sportvereine nicht nur zur sinnvollen Freizeitgestaltung, sondern auch zur Gesundheitsprävention dienen.

Der Landrat ist für die etwa 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung und rund 4.000 Beschäftigte in den Beteiligungsunternehmen verantwortlich. Ein Landrat sollte die Mitbestimmung der Arbeiter nicht beschneiden, sondern so agieren, dass gemeinsam mit den Beschäftigten das Bestmögliche aus den Betrieben gemacht wird. Als langjähriger Vertreter der ArbeitnehmerInnen ist Christian Scherkenbach darin geübt. Der Arzt Scherkenbach weiß, wo in der Gesundheitsversorgung der Schuh drückt.



»Man kann nur etwas verändern, wenn man sich dafür einsetzt.«  
Regine Hildebrandt

Der Ärzte- und Pflegemangel ist nicht wegzudiskutieren, er ist leider auch in unserem Landkreis aktuell. Dem muss effektiv entgegengewirkt werden. Ärzte müssen mit neuen Anreizen angesiedelt werden, und der Pflegeberuf muss durch bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Entlohnung attraktiver gemacht werden. Schließlich wollen wir doch alle würdig im Alter leben.

Ostprignitz-Ruppin braucht einen Landrat, der Politik mit den Menschen und nicht über deren Köpfe hinweg gestaltet, der generations- und parteiübergreifend handelt.

Ich bitte Sie daher, am 22. April unseren Kandidaten Christian Scherkenbach mit Ihrer Stimme zu unterstützen, sodass er unsere Region sozialer, lebenswerter und bürgernaher gestalten darf.

Justin König  
Kreiswahlleiter DIE LINKE. OPR

# Lesen gegen das Vergessen

Die bundesweite Aktion »Bücher aus dem Feuer« erinnert 2018 an den 85. Jahrestag der Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Opernplatz (jetzt Bebelplatz).

In diesem Jahr findet das Lesen gegen das Vergessen in Wusterhausen am Montag, den 07. Mai 2018, um 17 Uhr vor dem jüdischen Friedhof am Uferweg statt.

Die Kyritzer treffen sich zu ihrer Veranstaltung am 08. Mai 2018 um 17 Uhr auf dem Marktplatz. Musikalisch umrahmt werden beide Veranstaltungen durch die Gruppe Prignitzfolk.

Jeder, der mitmachen und auch etwas

## Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

### Armutsrisiko Kinder!

So gut, wie es den Menschen heute in Deutschland geht, ging es ihnen noch nie. Das mag sicher zutreffen, nur ist es entscheidend, wer damit gemeint ist. Bestimmt nicht die Familien mit Kindern. Eine aktuelle Bertelsmann-Studie, die auf Zahlen des statistischen Bundesamtes und des Sozio-ökonomischen Panels (repräsentative Wiederholungsbefragung von Privathaushalten) beruht, kommt zu einem anderen Ergebnis als die bisher genutzte OECD-Methode. Nach der OECD-Methodik werden ärmere Haushalte reicher und reichere ärmer gerechnet (mit Berechnungsfaktoren). Deshalb kommt es zu einer Diskrepanz.

Die Bertelsmann-Studie geht davon aus, dass 68% der Alleinerziehenden im Jahre 2015 armutsgefährdet waren, nach der

vorlesen möchte, ist willkommen - vom Schüler bis zum Rentner. Es werden Texte der Autoren gelesen, deren Bücher 1933 den Flammen übergeben wurden. Bei so manchem Text ist die Aktualität geradezu erschreckend. Deshalb tut es immer wieder gut, zu erleben, dass Menschen ganz verschiedener Professionen an dieses Ereignis erinnern.

Schon in den vergangenen Jahren beteiligten sich erfreulich viele junge Leute an der Aktion. So zum Beispiel Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen in Kyritz und der Grundschule Wusterhausen.

Regionalvorstand  
Kyritz-Neustadt-Wusterhausen

OECD-Methode waren es aber nur 46%. Zudem wurde nachgewiesen, dass sich die Einkommensschere zwischen armen und wohlhabenden Familien von 1991 bis 2015 viel stärker auseinander entwickelt hat, als bisher angenommen.

Die Entscheidung der Familien für Zuwachs ist immer mehr zu einer finanziellen Frage geworden. Im Jahre 2015 war nach der aktuellen Bertelsmann-Studie etwa jedes achte Paar mit einem Kind armutsgefährdet, jedes sechste Paar mit zwei und jedes fünfte Paar mit drei Kindern. Die mit der Studie beauftragten Wissenschaftler der Bochumer Ruhr-Universität kommen zu dem Ergebnis, dass das Armutsrisiko für Familien wesentlich höher als bisher angenommen ist. Da in der Bertelsmann-Studie auch das verfügbare Haushalteinkommen mit berücksichtigt wurde, ist dieses Ergebnis realistischer. Selbst der OECD-Experte Michael Förster sagt, dass die Methode der Bertelsmann-Stiftung sicherlich richtig sei.

## Kommentar

### Warum ein neuer Landrat?

*Diese Frage scheint provokant, ist aber legitim. Holprige Straßen in den Dörfern, marode Elektroinstallation in einer Kita, 15% Analphabeten wie in Entwicklungsländern, geschlossene Bürgerämter wegen hohem Krankenstand, zunehmende Vergreisung der Bevölkerung in OPR durch Wegzug (55% der 15-25 Jährigen, 19% der 25-55 Jährigen), renovierungsbedürftige Schulen, wenige bezahlbare Mietwohnungen für Menschen mit Behinderung, Trouble im Amt Temnitztal wegen der Windräder usw., das ist die Realität im Landkreis. Baustellen zum Handeln für den amtierenden Landrat gäbe es genug, und auf Grund geltender kommunaler Gesetze müsste er sich um eine Lösung kümmern. Die einzige Baustelle, die den Landrat interessiert, ist der Ersatzbau des Gesundheitsamtes und des Jobcenters. Das erinnert an Monarchen, die ihre Prunkbauten hingestellt haben, ohne auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu achten.*

*Der Landrat ist an geltende Gesetze gebunden, muss sparsam mit Haushaltsmitteln umgehen und die Kreisverwaltung organisieren. Er ist aber auch verpflichtet, die kreiszugehörigen Gemeinden und Städte bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen und ggf. einzugreifen. Der rechtliche Rahmen lässt genügend Spielraum zum Gestalten. Egal, ob es sich dabei um die Ansiedlung von Unternehmen, den sozialen Wohnungsbau oder die Förderung von Arbeitslosen und älteren bedürftigen Menschen geht. Der Kreativität bei der Entwicklung von innovativen Projekten sind keine Grenzen gesteckt. Teilweise können sie über Landes- und Bundesmittel finanziert werden. In der Regel hat der Landkreis nur 20% der Kosten als Eigenmittel zur Verfügung zu stellen, den Rest zahlen dann Land und Bund. Es muss nur der Wille zur Gestaltung vorhanden sein.*

*Kommunikationsfähigkeit gehört zum Rüstzeug eines jeden Politikers, und der Posten des Landrats ist ein politisches Amt. Fragt man die Bürgerinnen und Bürger, ob sie ausreichend vom Amtsinhaber informiert werden, so kommt sehr häufig die Antwort: »Nein«. Kurzum, der jetzige Landrat verwaltet schlecht und gestaltet nicht. Am 22. April hat der Souverän, der Wähler, die Möglichkeit, hier eine Änderung herbeizuführen. Mit Christian Scherkenbach, der von der Partei DIE LINKE unterstützt wird, existiert eine wählbare Alternative.*

Rudolf Brendler

Am 3. März 2018 verstarb im Alter von 62 Jahren völlig überraschend unsere liebe Genossin

### Karola Eichmann

Karola hat unaufgeregt, bescheiden und engagiert im Sinne unserer Partei und deren Ziele gearbeitet. Als Vorsitzende der Wusterhausener Landfrauen erwarb sie sich großes Ansehen.

Wir sind in unseren Gedanken bei der Familie, der unser Mitgefühl gilt.

Kreisvorstand DIE LINKE. OPR

Ortsgruppe Wusterhausen

Regionalvorstand DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen

Als Betriebsratsvorsitzender der Ruppiner Kliniken hat Christian Scherkenbach bewiesen, dass er die Probleme seiner Kolleginnen und Kollegen nicht nur kennt, sondern Lösungen konsequent und verlässlich mit ihnen gemeinsam auch gegen Widerstände durchsetzen kann. Dass ihm auch die Natur wichtig ist, beweist mir, dass er der richtige Landrat ist - mit Herz und Verstand.

Kirsten Tackmann, Tornow

Ich werde am 22. April auf jeden Fall Christian Scherkenbach wählen. Schließlich ist er die einzige Wahlalternative für alle, die kein »weiter so« in OPR wollen. Ich bin mir sicher, dass wir mit Christian einen guten Kandidaten für einen sozialen Kurswechsel in unserem Kreis haben.

Paul Schmudlach, Neuruppin

Als langjähriger Arzt in Ostprignitz-Ruppin kennt Christian Scherkenbach die kleinen und großen Wehwechen unserer Menschen. Er hat das Ohr an der Masse, kann sich in die Leute hineinversetzen und sucht nach Lösungen für die Zukunft. Alles gute Voraussetzungen für einen Landrat mit Herz und Seele, den ich gerne unterstütze.

Holger Kippenhahn, Heiligengrabe



Kreistagsabgeordneter Dieter Groß (DIE LINKE) und Landratskandidat Christian Scherkenbach - wie auch Stadtvorsitzender Achim Behringer und Kreisvorsitzender Paul Schmudlach - verteilen zum Frauentag Rosen an viele Frauen in sozialen Einrichtungen und auf der Straße - hier an die Frauen der Kreis-Apotheke in Kyritz.

Foto: Andre Reichel, MAZ



Christian Scherkenbach sprach auf der Demonstration für den Familiennachzug am 12. März 2018 auf dem Neuruppiner Schulplatz. Im gesamten Landkreis OPR müssten circa 200 zusätzliche Flüchtlinge untergebracht werden. Scherkenbach verwies darauf, dass das wahrlich keine große Anzahl ist und man diese Menschen ohne Probleme und großen finanziellen Aufwand in OPR unterbringen könnte. Schließlich geht es darum, Familien zusammenzuführen.

Foto: Justin König

## Mit Herz und Verstand für Ostprignitz-Ruppin

- ♥ Ausbau von Ganztagschulen, Verbesserung der Kinderbetreuung
- ♥ Kostenunterstützung für Schulmaterialien, Klassenfahrten u.a.
- ♥ Gesundes und abwechslungsreiches Schulleben
- ♥ Medizinische Hochschule Brandenburg weiterentwickeln
- ♥ Personalkostenzuschuss für sozialpädagogische Fachkräfte in der Jugendarbeit
- ♥ Sicherung und Weiterentwicklung der Krankenhausstandorte KY/NP/WK
- ♥ Direkte Bahnverbindung in die Berliner Innenstadt
- ♥ Ausbau/Unterhaltung eines sicheren Radwegenetzes
- ♥ Erhöhung der Mittel für Kultur und Sport
- ♥ Ehrenamtsförderung
- ♥ Stärkung der regionalen Wachstumskerne
- ♥ Ausbau der digitalen Infrastruktur
- ♥ Keine Privatisierungen bei kreiseigenen Unternehmen
- ♥ Senkung der Kreisumlage
- ♥ Bessere kooperative Zusammenarbeit mit Nachbarkreisen
- ♥ Dezentrale Energieversorgung
- ♥ Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe für heimische Landwirtschaft
- ♥ Ausbau touristischer Radwege

Mehr Informationen zum Programm finden Sie im Internet unter:  
[www.dielinke-opr.de/landratswahl](http://www.dielinke-opr.de/landratswahl)

## Türöffner für die Pharmaindustrie

Zur Nominierung von Jens Spahn als Gesundheitsminister

Der bisherige Finanzstaatssekretär Jens Spahn soll neuer Gesundheitsminister werden (und ist es ja am 14. März auch geworden, Red.). Dazu erklärte der Vorsitzende der Partei DIE LINKE Bernd Riexinger:

»Angesichts des dramatischen Pflegenotstandes in Deutschland konnte Angela Merkel keine unpassendere Personalie auswählen: die 1,4 Millionen chronisch überlasteten Pflegekräfte werden von der GroKo vollkommen im Stich gelassen.« Riexinger weiter: »Für die Befürworter einer solidarischen Bürgerversicherung ist die Ernennung von Jens Spahn zum Gesundheitsminister eine schallende Ohrfeige. Als gesundheitspolitischer Sprecher der Unionsfraktion war Jens Spahn der Türöffner für die Pharmaindustrie. Als Gesundheitsminister haben Pharmedien und der Verband der Privaten Krankenversicherungen nun einen dienstwilligen Fürsprecher im Kabinett der Großen Koalition.

Jens Spahn, der aus seinem Marktradikalismus keinen Hehl macht, darf seine Expertise der Kürzungspolitik unter Wolfgang Schäuble im Bundesfinanzmi-

nisterium künftig auf die Kranken und Pflegebedürftigen in diesem Land übertragen. Gesundheit ist aber keine Ware. Pharmaindustrie und Krankenhauskonzerne machen Milliardenprofite mit Versicherungsgeldern. Leistungen wurden gekürzt, Zuzahlungen und Zusatzbeiträge für die Versicherten eingeführt. Wer heute krank wird, muss oft tief in die Tasche greifen. Allein der Zahnersatz kann zur Existenzfrage werden. In Krankenhäusern gibt es viel zu wenige Pflegekräfte. Seit Jahren werden dringend notwendige Investitionen in den Krankenhäusern zurückgehalten.

DIE LINKE setzt sich für eine gesetzliche Personalbemessung im Krankenhaus ein. Allein in den Krankenhäusern fehlen mindestens 162.000 Stellen, darunter 100.000 Pflegekräfte. Die Bedingungen in der Pflege sind für die Beschäftigten und



Foto: DIE LINKE/ Martin Heinlein

die Patientinnen und Patienten oft menschenunwürdig. In Norwegen kommen auf eine Pflegekraft fünf, in Deutschland 13 Patientinnen und Patienten. Es bleibt immer weniger Zeit für die Versorgung.

Wer wichtige und verantwortungsvolle Tätigkeiten mit Menschen ausübt, der hat eine bessere Behandlung verdient. Hinzu kommt, dass Beschäftigte in der Pflege schlecht bezahlt werden. Wir fordern einen Pflege Mindestlohn von 14 Euro.«

### Kalenderblatt

#### Ein Gespenst geht um ...

Zu seinen Lebzeiten war er geliebt und gehasst. War Publizist, Philosoph, Wirtschaftswissenschaftler, Weltbürger und Freund. Geboren wurde er am 5. Mai 1818 in Trier, also genau vor 200 Jahren. Mütterlicherseits war er Cousin dritten Grades von Heinrich Heine und Cousin des niederländischen Bankiers Frederik Philips. Er entstammte einem großbürgerlichen Hause. Sein Name Karl Marx. Als Sohn eines konvertierten Juden studierte er zunächst in Bonn Jura und wechselte später nach Berlin. Hier wurde er zu einem Junghegelianer, die sich mit Hunger und Not und gesellschaftlicher Ungerechtigkeit im preußischen Staat auseinandersetzen. Hier gewann er die Erkenntnis, dass sich eine Gesellschaft auf Grund historischer Prozesse verändert.

Nachdem er seinen Doktor in Philosophie gemacht hatte, wurde er Hauptmitarbeiter der Rheinischen Zeitung. Hier traf er Friedrich Engels, mit dem er bis zu seinem Tode eine tiefe Freundschaft unterhielt. Die Zeitung war der Zensur des

preußischen Staates unterworfen. Weil Marx die Zensur regelmäßig unterlief, wurde deren Erscheinen 1843 verboten.

Er zog mit seiner Ehefrau nach Paris und gab zusammen mit Arnold Ruge die Deutsch-Französische Jahrbücher heraus. Hier begann er sich kritisch mit der politischen Ökonomie zu beschäftigen und erreichte später mit seinem Hauptwerk »Das Kapital« seinen Höhepunkt.

Auch wenn viele ihn als Theoretiker betrachten, war er doch auch Praktiker. So gründete er zusammen mit Friedrich Engels 1846 in Brüssel das Kommunistische Korrespondenz-Komitee, dessen Ziel die ideologische und organisatorische Einigung der proletarischen Bewegungen war. In dieser Zeit verfasste er mit Engels das Kommunistische Manifest, in dem die Notwendigkeit einer politischen Partei zur Veränderung der Gesellschaft dargelegt wurde.

Kurz darauf löste die Februarrevolution 1848 in ganz Europa politische Erschütterungen aus. Marx wurde verhaftet und ausgewiesen. Mit der Märzrevolution 1848 konnte er zwar wieder nach Köln zurückkehren, musste aber 1849 nach London ins Exil gehen.



Zu seinem Begräbnis 1883 sagte Friedrich Engels:

»Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte [...] Damit nicht genug. Marx entdeckte auch das spezielle Bewegungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise. [...] Mit der Entdeckung des Mehrwert war plötzlich Licht geschaffen [...]. Und deshalb war Marx der bestgehasste und bestverleumdete Mann seiner Zeit. [...] Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Werk!«

# Geld für Bürgerhaushalt steht bereit

Wesentliche Forderung der LINKEN wurde erfüllt

Auf Antrag der Fraktion der LINKEN beschloss im vorigen Jahr die Stadtverordnetenversammlung der Fontanestadt Neuruppin, einen Bürgerhaushalt einzuführen. Dafür stehen zunächst 50.000 Euro bereit, in den Folgejahren 100.000 Euro.

Auf der ersten Sitzung in diesem Jahr verabschiedete dazu das Stadtparlament die notwendige Satzung, quasi das Regelwerk für diese direkte EinwohnerInnenbeteiligung. Alle EinwohnerInnen der Fontanestadt - ab dem 12. Lebensjahr - können Vorschläge einreichen und darüber abstimmen. Für DIE LINKE wurde damit eine wesentliche Forderung, auch Kinder und Jugendliche zu beteiligen, erfüllt.

Für den ersten Bürgerhaushalt können Vorschläge der Einwohnerschaft bis zum 30. Juni 2018 in der Stadtverwaltung eingereicht werden. Das kann per Brief, per E-Mail oder sogar per Telefon geschehen. Ab 2019 endet die Vorschlagsfrist am 30. April eines jeden Jahres. Der einzelne Vorschlag darf nicht mehr als die Hälfte der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel betragen. Die Verwaltung sichtet

und bewertet dann die Vorschläge auf fachliche, technische und kapazitive Umsetzbarkeit, auf Rechtmäßigkeit sowie Kostenstruktur.

Die Stadtverwaltung ist nach der Sichtung angehalten, die Bürgerinnen und Bürger umfassend in öffentlich zugänglichen Medien - insbesondere dem Amtsblatt für die Fontanestadt Neuruppin und auf der städtischen Website - über den Bürgerhaushalt, die Termine und die Vorschläge zu informieren. Innerhalb eines Monats können dann alle EinwohnerInnen der Fontanestadt im Bürgerbüro eine Stimme für einen Vorschlag abgeben. Die Vorschläge mit den meisten Stimmen werden dann realisiert und im Haushalt 2019 berücksichtigt.

## Verbesserungsbedarf besteht

DIE LINKE hat in der Diskussion angekündigt, dass beim ersten Mal sicherlich vieles zunächst erprobt werden muss, dass aber Verbesserungsbedarf besteht. Beson-

ders störend für die Fraktion ist, dass nur per Gang auf das Bürgeramt der Stadtverwaltung abgestimmt werden kann. Schön wäre es, wenn diese Hürde deutlich geringer ausfallen würde, z.B. durch EinwohnerInnenversammlungen in den Ortsteilen inklusive Abstimmungsmöglichkeit oder per Online-Voting. Darüber wird

## DIE LINKE. im Parlament

nach der Erprobung zu diskutieren sein, und die Fraktion behält sich diesbezüglich Änderungsvorschläge vor.

Nun sind zunächst die Einwohnerinnen und Einwohner am Zug. DIE LINKE wirbt um eine möglichst hohe Beteiligung und freut sich auf viele Vorschläge. Sei es eine neue Parkbank, ein neues Spielgerät für den Spielplatz, die Sanierung eines Gehweges oder was auch immer. Wir sind gespannt und vertrauen auf die Einwohnerschaft der Fontanestadt.

Ronny Kretschmer  
Fraktionsvorsitzender der LINKEN

## Keine Glanzleistung

Am 15. März 2018 kamen sie wieder zusammen, die Vertreter der Kreisverwaltung und die Fraktionen von CDU, Bauern, freie Wähler, FDP, BVB, Grüne, SPD und DIE LINKE, um im Kreistag zu debattieren und Beschlüsse zu fassen. Auf der Tagesordnung standen neben Berichten der Kreisverwaltung unter anderem Beschlüsse zur Angliederung der Förderschulklassen aus Neustadt (Dosse) an die Schule am Kastanienweg in Neuruppin, Kapazitätserweiterungen an Schulen mit sonderpädagogischem Schwerpunkt in Neuruppin und Wittstock als zwei hauspolitische Entscheidungen.

Wer aber geglaubt hätte, es würde eine lebhaftige Diskussion geben, sah sich getäuscht. Im wesentlichen kamen die Redebeiträge von den Fraktionen der LINKEN und der Grünen. Bei den haushaltspolitischen Fragen hatte ich doch mehr erwartet. Zumal eine Summe von 2,5 Mio. € an die Gemeinden und Städte des Kreises zurückgezahlt wird. Keine Frage, woran es lag, dass diese Gelder, die im Haushalt 2017 eingeplant waren, nicht ausgegeben wurden. Keine Frage an die Kreisverwaltung, woran es lag, dass

es zu dieser Rückzahlung gekommen ist. Als ob es keinen Investitionsbedarf in den Gemeinden und Städten des Kreises mehr geben würde.

Selbst beim Tagesordnungspunkt, der sich mit dem Ersatzbau für das Jobcenter und das Gesundheitsamt beschäftigte - ein Punkt, der bei weiten Teilen der Bevölkerung auf Kopfschütteln stößt - wollte keine Diskussion aufkommen. Dabei hatte ich mit meinen Fragen bei dem Punkt »Anfragen der Bevölkerung« Hinweise gegeben, wo nachgehakt werden könnte. Gerade meine Fragen zur Einhaltung arbeitsrechtlicher Gesetze wie Mindestlohn-, Arbeitszeit- und Bundesurlaubsgesetz usw., zum Bau des Ersatzbaus waren Hinweise, worauf die Verwaltung außer der Finanzierung zu achten hat. Auch die Fraktion der SPD, die sonst immer die soziale Frage vor sich her trägt, schwieg gänzlich dazu. Die Verwaltung war von den Fragen derart überrascht, dass ich von ihr eine schriftliche Antwort bekommen soll. Den Abgeordneten des Kreistages sollte klar sein, dass sie nicht nur die Verwaltung zu kontrollieren hat, sondern

auch die Einhaltung von arbeitsrechtlichen Gesetzen.

Die Höhe des geschätzten Werts für den Neubau wurde behandelt wie ein Staatsgeheimnis, denn dieser Punkt sollte erst im nichtöffentlichen Teil des Kreistags behandelt werden. Der von der Kreisverwaltung betraute Anwalt gab aber bekannt, dass der Schätzwert unter 5,1 Mio. € liegen soll. Im Haushaltsentwurf steht aber eine Summe von 7,7 Mio. €. Nach Abzug der Umsatzsteuer sind dies 5,67 Mio. € und der Wert liegt oberhalb des Schwellenwertes von 5,548 Mio. €, nachdem eine EU-weite Ausschreibung vorgeschrieben ist. Selbst wenn die Aussage des Anwalts stimmt und nur eine bundesweite Ausschreibung gemacht werden muss, so stellt sich die Frage, wie die Kreisverwaltung die Einhaltung des Mindestlohngesetzes auch bei bundesdeutschen Firmen sicherstellen will. In letzter Zeit wurden vom Zoll vermehrt Verstöße dagegen festgestellt. Wenn dazu keine Fragen von den Kreistagsabgeordneten gestellt werden, ist das wirklich keine Glanzleistung.

Rudolf Brendler

## Wir bleiben am Ball

### Aus meiner Sicht zum Thema: Auszubildende in der Pflege

Zum Artikel »Goldstaub für unsere altern- de Gesellschaft« (Märkische Linke 01/18) erreichte uns die folgende Zuschrift.

**I**ch bin seit 30 Jahren Krankenschwester zuletzt 15 Jahre auf mehreren Intensivstationen. Ich weiß also aus eigener Erfahrung, wie es sich anfühlt, mit immer weniger Fachpersonal den anspruchsvollen Beruf Krankenschwester auszuüben und den täglichen, immer mehr werdenden Anforderungen gerecht zu werden. Es ist kaum zu schaffen, erst recht nicht, wenn man seinen Beruf als Berufung ausübt und im Patienten den Menschen sieht, der auch immer der nächste Angehörige sein kann. Viel Zeit bleibt nicht, um auch mal ein persönliches Wort zu wechseln, aber man nimmt sie sich, und wenn man sie an die Arbeitszeit hinten dran hängt.

Auf eine Intensivstation kommen die Auszubildenden meist erst im zweiten oder dritten Ausbildungsjahr. Die Betreuung der jungen Azubis ist dort 1:1. Das heißt, sie haben die ganze Zeit während ihres Einsatzes eine Bezugsperson, mit der sie mitlaufen und alles erklärt bekommen, was und wie am Patienten gearbeitet wird. Optimal also, aber auf einer Normalstation meist nicht realisierbar, da dort der Personalmangel noch höher ist.

Das Pflegepersonal versucht, so gut wie möglich die Auszubildenden in den Stationsalltag mit einzubeziehen. Ist der Azubi aufgeschlossen und wissbegierig,

gelingt dieses auch und er fühlt sich in seinem Team wohl. Oft sind die jungen Leute aber zurückhaltend, manchmal sehr jung und haben Anlaufschwierigkeiten. Dann heißt es, die Azubis mehr an die Hand zu nehmen, ihnen Unterstützung zu geben bei Startschwierigkeiten und auch bei Problemen, die im Laufe der 3-jährigen Ausbildung auftreten. Bei einer durchschnittlichen personellen Besetzung von zwei Schwestern pro Schicht und bis zu 34 Patienten kaum zu schaffen. In meinem jetzigen Berufsleben als freigestellte Betriebsrätin arbeiten meine Kollegen und ich eng mit der JAV (Jugend- und Auszubildendenvertretung) und den Lehrern der Medizinischen Bildungsakademie Neuruppin zusammen. Die Auszubildenden kommen zu uns und schildern ihre Probleme. Diese werden an den entsprechenden Stellen (Pflegedienstleitung oder auch Geschäftsführung) besprochen und es wird nach Lösungswegen gesucht. Schließlich sollen nach der Ausbildung so viel wie möglich examinierte Pflegekräfte in Neuruppin bleiben.

Dass nicht immer alle Probleme von heute auf morgen gelöst werden können, ist zwar nicht schön, aber Realität. Regelmäßige Treffen mit der JAV und der Austausch mit den jungen Auszubildenden sind unabdingbar. Eine Arbeitsgruppe rund um das Thema Ausbildung, zu der sich alle Beteiligten, die darin involviert sind (auch die JAV und Vertreter des zuständigen Betriebsrates), regelmäßig

treffen, soll die Ausbildungsbedingungen in Zukunft für die jungen Azubis angenehmer und besser machen. Aber auch das geht nicht von heute auf morgen. Wir sind an diesem Thema dran, weil wir sehr genau wissen, dass die Auszubildenden von heute unsere Zukunft sind und die so dringend benötigten Fachkräfte von morgen. Kleine Erfolge sind schon zu verzeichnen, weitere werden folgen.

Die geschilderte Situation des Auszubildenden unseres Hauses in ihrer letzten Ausgabe hätte auch aus jedem anderen Krankenhaus in unserem Land kommen können. Die Situation des Pflegepersonals in nahezu jedem Krankenhaus ist fatal und schon seit vielen Jahren bekannt. Allerdings wurde von seiten der Politik nicht rechtzeitig darauf reagiert. Eine gesetzliche Regelung zur Mindestbesetzung, die deutlich höher sein sollte als die derzeitige, muss dringend beschlossen werden. Ob als Betriebsrätin oder nach der Arbeit als aktives ver.di-Mitglied werde ich mit meinen sehr engagierten Kollegen am Ball bleiben. Ich hoffe, die Politik auch.

Manchmal wäre es gut, gerade bei solch brennenden Themen, mit allen Beteiligten in einen Dialog zu treten und nicht nur einseitig zu berichten, um ein Gesamtbild zu bekommen. Denn das Ziel, bessere Ausbildungsbedingungen zu schaffen für die Gesundheits- und KrankenpflegerInnen von morgen - und dass sie in dem Beruf bleiben, den sie erlernt haben - verfolgen wir bestimmt alle gemeinsam.

*Jana Kretschmer*

## Ärztemangel in OPR?

**U**nter dem sperrigen Titel »Richtlinie des GBA über die Bedarfsplanung sowie die Maßstäbe zur Feststellung von Über- und Unterversorgung in der vertragsärztlichen Versorgung« werden die Regeln für die Anzahl von Ärzten in einem Gebiet festgelegt. Diese Regeln werden im Auftrag des Gesetzgebers durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) - als oberstes Organ der Ärzte, Krankenhäuser und Krankenkassen - festgelegt. Zwar werden bei den Regeln die Alters- oder Versorgungsstruktur berücksichtigt, aber nicht, wie man zum Arzt kommt.

OPR mit seiner Fläche von rd. 2.500 Quadratkilometern und einer Einwohnerdichte von rd. 39 Einwohner/km<sup>2</sup> ist in diesem Punkt vor eine besondere Herausforderung gestellt.

Nach diesen Regeln sollten in OPR 5 Augenärzte, 3 Hautärzte, 4 HNO-Ärzte, 18 Psychotherapeuten, 7 Urologen, 8 Frauenärzte und 1 Kinderarzt als niedergelassene Ärzte in ihrer Praxis arbeiten. Laut kassenärztlicher Vereinigung gibt es in OPR 45 dieser Fachärzte, aber 28 von ihnen haben die Praxis in Neuruppin. Lange Wege von außerhalb sind so unvermeidlich. Bei Psychotherapeuten und Urologen sind z.T. gravierende Defizite vorhanden.

Auch bei den Allgemeinmedizinern sieht die Situation nicht besser aus. Insgesamt gibt es 65 Hausärzte für OPR. Dass die Zeit für eine Behandlung darunter leidet, leuchtet ein. Weniger Zeit für den Patienten beinhaltet auch eine mögliche Qualitätseinbuße. Von den 587 in OPR tätigen Ärzten arbeiten 380 in den Kliniken. Immer mehr Patienten

gehen direkt in die Klinik oder Hausärzte überweisen sie in die Klinik, weil sie keinen Termin beim Facharzt bekommen. Die Kliniken sind in OPR das Rückgrat und nicht nur bei der Akutversorgung ein wichtiger Bestandteil der medizinischen Versorgung der Bevölkerung.

Insgesamt behandeln die Ruppiner Kliniken mehr als 28.000 Fälle/Jahr in der Notaufnahme. Rund 10 Minuten haben die Ärzte Zeit, um zu entscheiden, ob es sich um einen akuten Notfall, einen Patienten, der etwas warten kann oder um einen Patienten handelt, der gar nicht in die Klinik gehört, aber dennoch Hilfe bekommt. Mit mehr ärztlichem Personal im Landkreis wäre Patienten und den Beschäftigten in den Kliniken geholfen. Doch dazu braucht man einen Landrat, der gestaltet, der Rahmenbedingungen für den Zuzug von Ärzten schafft, der kreativ das Problem angeht.

*Rudolf Brendler*

# Pflegenotstand – Wahrheit oder Mär?

Engagierte Pflegefach- und Hilfskräfte brauchen dringend Unterstützung durch die Politik

Seit Jahren berichten damit Befasste, aber auch die Medien, über Defizite im ambulanten und stationären Altenpflegebereich. Immer wieder wurden und werden Forderungen an die Politik laut, endlich massive Verbesserungen in diesem Bereich zu veranlassen.

Im Jahr 2015 waren deutschlandweit knapp 1,1 Millionen Menschen im ambulanten und stationären Pflegebereich tätig. Deren Vergütung schwankt zwischen den einzelnen Bundesländern erheblich. So gibt es teilweise Unterschiede von etwa 1000 Euro monatlich.

Im Landkreis OPR werden durch die rund 45, hauptsächlich privat geführten ambulanten Pflegedienste, gut 3.500 Menschen in ihrer Häuslichkeit oder in Senioren-Wohngemeinschaften betreut, gepflegt und behandelt. In den etwa 14 Altenpflegeheimen waren das im vergangenen Jahr ca. 1.050 Menschen.

Dies alles geschieht durch engagierte Pflegefach- und Hilfskräfte, die oft bis an ihre Belastungsgrenze gehen müssen. Eine vor einigen Jahren veröffentlichte Studie zeigte, dass die körperliche Belastung einer Pflegekraft der eines Stahlwerkers gleichkommt, und das bei einer unangemessenen geringen Vergütung der Arbeitsleistung - so auch in unserer Region. Pflegedienstleitungen aller Bereiche klagen über einen akuten Personalnotstand. So sagte uns eine von ihnen, dass sie über 6 Monate gesucht hat, um eine neue Pflegefachkraft zu finden.

Über die aktuelle Situation im Altenpflegebereich in unserer Region sprach unser Redaktionsmitglied Hans-Joachim Müller mit verschiedenen Pflegefach- und Hilfskräften.

## Stimmt es, dass es in unserer Region einen akuten Mangel an Pflegekräften gibt?

Da muss man differenzieren. Ein absoluter Mangel besteht bei gut ausgebildeten Pflegefachkräften. Bei den Pflegehelfern ist der Mangel noch nicht so akut, jedoch zeichnet sich auch hier ab, dass es immer weniger Personal gibt.

## Worin sehen Sie die Ursachen für den Mangel?

Einerseits werden zu wenige Pflegefachkräfte ausgebildet, die teilweise ihre Ausbildung auch noch selbst finanzieren müssen, und andererseits gehen viele

ausgebildete Fachkräfte dahin, wo sie wesentlich mehr verdienen. Es gibt aber auch immer weniger Menschen, die den anspruchsvollen Job in der Altenpflege ausüben wollen. Das liegt zum einen Teil, wie schon geschildert, daran, dass die Vergütung zu gering ist. Beispiel: Wie soll eine alleinerziehende Pflegehelferin mit einem Nettolohn von 980 € sich und ihr Kind versorgen? Zum anderen sind die Arbeitszeiten oft nicht mit der Familie vereinbar. Beispiel: Dienstbeginn 6.00 Uhr, die Kita öffnet aber erst 7 Uhr, oder Dienstende um 21 Uhr, die Kita schließt aber bereits 17 bzw. 18 Uhr.

Auch spielt der Teildienst eine nicht zu unterschätzende Rolle. Beispiel: Dienst 6 bis 10 Uhr, und dann von 16 bis 20 Uhr. Weiterhin müssen Pflegekräfte im Schichtdienst, an Wochenenden und Feiertagen arbeiten. Im Krankheitsfall von KollegInnen müssen sie deren Dienste mit übernehmen, so dass es kein Einzelfall ist, wenn man 7 bis 10 Tage hintereinander arbeiten muss und nach nur einem freien Tag die Tortur erneut beginnt.

Des Weiteren ist die körperliche Belastung enorm hoch, so dass manche Pflegekräfte sehr oft erkranken (Gelenke, Knochen, physische und psychische Überbelastung) und somit nach etwa 10 Jahren »total fertig« sind. Auf ein weiteres Problem machte mich eine 10-Klässlerin aufmerksam. Sie sagte, wozu soll ich einen Pflegeberuf erlernen, wenn dieser Job in 10 oder 15 Jahren von einem Roboter erledigt wird? Also spielt auch hier die Digitalisierung in den Überlegungen eine Rolle.

## Viele Pflegekräfte beklagen, dass sie unter einem enormen Zeitdruck arbeiten müssen. Haben Sie ähnliche Erfahrungen gemacht?

Ja, die Minutenpflege ist eine Krankheit im deutschen Pflegesystem. Es ist manchmal unverantwortlich, in welchem Zeitraum man manche Verrichtungen am bzw. mit den Pflegebedürftigen erbringen muss. Es fehlt generell die Zeit für Zuwendung, die gerade Pflegebedürftige benötigen. Durch die Minutenpflege sind wir Pflegekräfte im ambulanten Bereich strikt an einen Tourenplan gebunden, d. h. wir ha-



Wenn Schwestern bis 67 arbeiten!?

Zeichnung: Jasmin Wölfel

ben Zeitvorgaben, wann wir bei welchen Patienten sein müssen. Da heißt es oft, schnell raus aus der Wohnung, rein ins Auto und dann mit Tempo zum nächsten Patienten. Dort kommst du dann abgehetzt an und musst dich für die nächsten 10 Minuten auf einen neuen Menschen mit seinen Bedürfnissen einstellen. Und das alles mehrmals pro Schicht.

## Wer sollte und kann etwas an der prekären Situation im Pflegebereich ändern?

Hier sind die Bundesregierung und der Bundestag in der Pflicht. Der Gesetzgeber muss Rahmenbedingungen schaffen, die eine menschenwürdige Pflege ermöglichen. Um den Pflegeberuf attraktiver zu machen, ist es dringend notwendig, die Vergütung endlich angemessen zu gestalten. Und dann muss der Flickenteppich - jedes Bundesland regelt es, wie es denkt - beseitigt werden. Es gibt eine bundeseinheitliche Pflegeversicherung, aber die Länder regeln individuell, wie die Pflege vor Ort gestaltet wird. Dieser Zustand ist unhaltbar!

Was wir von der neuen Bundesregierung erwarten können, zeigt folgender Ausschnitt aus einem Interview des zukünftigen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn: »Die Pflegeversicherung ist nicht Vollkasko, aber wenn die Familie mithilft, reicht das Geld. Ohnehin sind die meisten Menschen ja nur kurz im Pflegeheim, deshalb ist das finanzielle Risiko vertretbar.« (Quelle: Ärztezeitung)

*Ich danke Ihnen für die ehrlichen Antworten und wünsche Ihnen für Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit weiterhin viel Erfolg.*

## Genug für alle ... die es bezahlen können (Teil 4)

Gedanken zum Artikel: Im Sozialrecht kein Rechtsstaat? - Oder Rechtsstaat nur für Leute mit gut gefülltem Geldbeutel? (Erster Teil in Märkische Linke 01/2018)

Wieso stimmen Leute Lebensverhältnissen, die ihnen schaden, aktiv zu und machen freiwillig mit? Sie glauben, dass ihr Leben besser wird, wenn sie die Steigerungsbewegung mittragen. Sie hoffen, dass sie, wenn sie sich nur genügend anstrengen, sich persönlich mehr leisten können. Das aktive Mitmachen, das innerhalb der Verhältnisse kein Maß findet (weiß man, wann es reichen könnte? Nein, man weiß es nicht), gehört hier notwendig dazu. Ob die eigene Anstrengung ausreicht, um das eigene Fortkommen zu sichern, muss sich noch zeigen, deshalb besser: Power und alles geben! Es bleibt ihre Entscheidung, praktisch nichts zu machen. Dann sind sie auch nicht in der Lage, in dieser Steigerungsgesellschaft mitzuhalten und wenn sie sich nicht steigern, bleiben sie nicht stehen, sie fallen zurück. Das befördert aufs Abstellgleis. Über kurz oder lang bedeutet es, dass man ins absolute Elend gestürzt wird. Sie sind also preisgegebenes Land - zerstörtes Land, das man später wieder einbeziehen kann, wenn es als unerschlossene Ressource benötigt wird. Dann wird z.B. das Renteneinstiegssalter nach oben gesetzt. Das ist dynamische Stabilisierung des kapitalistischen Systems.

### Vom sozialen Abstieg bedroht?

Die Eigenmotivation des Rechtsanwaltes ist in den materiellen Bedingungen dieser Gesellschaft angelegt. Sie bedingt das eigene Fortkommen und so die Existenzsicherung neben der Bereitschaft, sich auch ehrenamtlich einzubringen. Um

nicht selbst sozial bedürftig zu werden, muss der Rechtsanwalt mindestens seinen Lebensunterhalt mit den Beratungsdienstleistungen erwirtschaften. Er hofft auf ein gutes Leben in diesem System, wenn er sich genug Mühe gibt. Recht hat er, er gehört schließlich nicht zu den Abstiegsbedrohten, eher zu den Gesicherten, so glaubt man. Inzwischen gibt es nicht wenige Rechtsanwälte, die entweder selbst von Sozialhilfe abhängig sind bzw. einen Zweiterberuf zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes ausüben.

Er investiert nicht in irgendwas, wenn er nicht die Hoffnung hat, dass ein bisschen mehr herauskommt. Er muss die Steigerungsbewegung mit vollziehen, und das unter den Bedingungen des Konkurrenzprinzips. Sein kleines Unternehmen muss wachsen, für seinen bloßen Erhalt. Denn der Anspruch an den Gewinn lautet, dass er nicht einfach dazu dienen kann, dass sein Privatleben etwas mehr zu bieten hat, sondern das Geschäft verlangt nach ihm - dauerhaft. Er muss seinen Gewinn vergrößern, damit das Unternehmen als Geldvermehrungsmaschine erhalten bleibt und es lässt sich nicht bestimmen, wann mal genug ist.

Da sich der Anwalt weder sicher sein kann, dass sich seine Investition erhält, noch dass er überhaupt Gewinne macht, muss er Sorge dafür tragen, dass wieder und wieder reinvestiert wird und sich ein dauerhaftes, prinzipiell unendliches Wachstum zum Zweck setzen. Auch das ist dynamische Stabilisierung des kapitalistischen Systems. Bei selbstständigen Rechtsanwälten kommt hinzu, dass sie

sich selbst mehr ausbeuten, als sie ihren Angestellten zumuten. Mit einer 40 Stundenwoche sind in der Regel die Kanzlei- und Mitarbeiterkosten nicht abgedeckt, sodass weit über die Grenze des Arbeitszeitgesetzes von 48 h pro Woche hinaus gearbeitet wird. Viele selbstständige Rechtsanwälte nehmen sich nicht einmal den gesetzlichen Mindesturlaub, da in dieser Zeit die Kanzlei trotzdem laufen muss, einschließlich sämtlicher laufender Kosten, die aufzubringen sind.

### Kapitalistische Produktionsweise

Der s.g. Sozialstaat als politische Organisation dieser Gesellschaft setzt durch seine Gewalt die Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise. Er hat in diesem Prozess die Aufgabe der Disziplinierung, Normalisierung und Aktivierung der Menschen, zur Stimulierung von Ressourcen, damit diese die Wachstumsleistungen erbringen. Er muss Bedingungen schaffen, damit der Steigerungsprozess aufrecht erhalten bleibt, dass wir im Wettbewerb gegenüber den Konkurrenten nicht abgehängt werden, dass wir als Standort attraktiv bleiben, dass wir innovationsfähig sind, dass die Wachstumschancen erhalten bleiben, dass wir mehr Wettbewerb haben und dass unsere Systeme effizienter werden. Die gesamte Gesellschaft ist vom Gelingen des Kapitalprinzips, einschließlich der Steigerungsbewegung und der dynamischen Stabilisierung abhängig.

Ines Nowack

## Ärger nach Wahlempfehlung

Unter dieser Überschrift berichtete der Ruppiner Anzeiger (RA) in seiner Ausgabe vom 6.4. 2018 davon, dass der Kreis-Seniorenbeirat sich für Landrat Reinhardt als besten Kandidaten für die Landratswahl ausgesprochen hat.

Die Vorsitzende des Seniorenbeirats Sigrid Schumacher sagte dem RA zu diesem Thema: »Wir haben dazu einen einstimmigen Beschluss gefasst, weil wir von der Zusammenarbeit mit Herrn Reinhardt voll überzeugt sind«. Und weiter: »Er hat uns in allen Dingen unterstützt«.

Da stellen sich dem Leser doch einige Fragen:

- Ist es nicht Pflicht eines jeden Landrates, die Kreis-Beiräte zu unterstützen?
- Woher wissen die Mitglieder des Seniorenbeirats, wie die Zusammenarbeit mit den anderen vier Landratskandidaten aussehen wird?

Augenscheinlich haben sich die Mitglieder des Seniorenbeirats unter anderem noch nicht mit dem Wahlprogramm von Christian Scherkenbach befasst. Denn dann wüssten sie, dass ein Schwerpunkt

Scherkenbachs die »Sicherung und Verbesserung der Lebenssituation von älteren und behinderten Menschen in OPR« ist. Als Arzt weiß er genau, wovon er hier spricht und welche Schwerpunkte zu setzen sind.

Wie es aussieht, verfährt der Seniorenbeirat nach der alten Devise »Was wir haben, wissen wir, was wir bekommen, wissen wir nicht.« Aber mit dieser Einstellung ist kein Fortschritt in unserem Kreis möglich.

hjm



# Kostenlos lohnt sich für alle!

Fahrscheinlos ist kostensenkend und schneller!



Foto: Pixabay

Ich stehe am Einstieg zum 240er Bus, Haltestelle Berlin Boxhagener Platz. Will nur mal kurz zum ND, meinen Artikel abgeben. Acht Einsteiger vor mir, fünf haben zum Glück eine Zeitkarte zum Vorzeigen, 19 Sekunden Kontrollzeit. Danach die italienischen Touristen - 20 Sekunden Tarif-Beratung, und dann zweimal Kurzstrecke verkauft. Jetzt noch die Omi mit dem Rollator, netter Busfahrer, hilft der Frau beim Kleingeld sortieren. So, und jetzt noch ich - auch eine Kurzstrecke. Insgesamt gut 70 Sekunden hat alles gedauert. An der nächsten Haltestelle geht's schneller, aber was will ich damit sagen?

## Mehr Beförderungskapazität möglich

1990 arbeitete ich an einer Planung - als Beitrag zur Bürgerbeteiligung der EXPO 2000 - und traf mich mit dem Pressesprecher der ÜSTRA (Hannoversche Verkehrsbetriebe). Ich fragte nach Kapazitätsproblemen bei den Stadtbahntrassen, und er erzählte mir, dass die Barverkäufe von Fahrscheinen in den Bussen die Standzeit, und damit die Kosten, weit mehr erhöhen als die Fahrkarteneinnahmen erbringen. Dieser Hinweis hat mich nicht mehr losgelassen. Warum Fahrkarten verkaufen, wenn es doch ohne billiger ist und schneller geht.

Würden nicht ein Großteil der Berliner Zeitkarten besitzen, wäre der Busverkehr mit einem noch niedrigeren Kostendeckungsgrad und erhöhten Fahrtzeiten noch unattraktiver. Und der daraus resultierende höhere Fahrzeugeinsatz bei gleichzeitig längerer individueller Fahrtzeit macht den ÖPNV halt auch nicht attraktiver. Konkret heißt das, wären unsere Busse fahrscheinlos, würden aus z. B.

14 Minuten Fahrtzeit dann nur noch 10 oder 11 Minuten, das bedeutet bei gleichem Fahrzeugeinsatz 10-20% mehr Beförderungskapazität. Ich würde jede Wette eingehen, dass es beim Berliner Busverkehr schon jetzt günstiger wäre - unter Anrechnung aller volkswirtschaftlichen Kosten - die Busse der BVG fahrscheinlos fahren zu lassen.

Jenseits der Frage, die vor allem Grüne und die Verkehrsunternehmen stellen, ob die Bundesregierung nur eine Ablenkungsdebatte vom Thema

Stickoxide und Fahrverbote vom Zaun gebrochen hat, ist die Kostendebatte zum fahrscheinlosen ÖPNV unredlich. Es wird mit vielen halbgenauen Zahlen operiert, die möglichen Einsparungen spielen in der Berichterstattung kaum eine Rolle. Der fahrscheinlose ÖPNV ist eine überfällige Debatte über Gesellschaftsgestaltung, individuelle Freiheiten und Klimaschutz.

## Schon jetzt größter Teil Zuschüsse

Bei uns im Landkreis sind gerade mal 18% der Kosten des Busverkehrs durch Fahrkartenverkäufe gedeckt, der Rest sind staatliche Zuschüsse ganz unterschiedlicher Art. Würde man auf das Ticketing verzichten, sinken die Kosten, so dass die gleiche Verkehrsleistung für weniger als 10% mehr Zuschuss - fahrscheinlos - für den Bürger zum »Nulltarif« möglich wäre.

Etwas anders sieht die Kostenbilanz bei U-, S- und Straßenbahnverkehr aus. Dort, und auch in den Ballungsräumen generell, ist der Kostendeckungsgrad deutlich höher, allerdings längst nicht bei den in der Presse kolportierten 40-60%. Betrachtet man nämlich nicht nur die offensichtlichen Kosten des Tickets (Fahrscheinautomaten, Kontrolle, Verwaltung, Druck und Verkaufsprovisionen), sondern auch die gesellschaftlichen Folgekosten bei Verfolgung, Justiz, Knast (ständig sitzen hunderte von Gefangenen in Berliner Gefängnissen, die wegen Beförderungerschleichung - klingt irgendwie nach Kaiserreich - Haftstrafen auf erhebliche Staatskosten absitzen) und zerstörte Biografien, so sieht die volkswirtschaftliche Bilanz ganz anders aus.

Warum stellen wir uns nicht endlich den Realitäten. Schon jetzt finanziert der

Steuerzahler den Hauptteil der ÖPNV-Kosten. Für ein bisschen mehr der heutigen Kosten wären die Verkehrsleistungen des ÖPNV fahrscheinfrei zu finanzieren. Für 100% der heutigen Kosten, die wir schon jetzt tragen, würden wir 120-130% Verkehrsleistung bestellen können.

Bei den Bussen ist schon heute diese Kapazitätsreserve vorhanden. Innerhalb weniger Jahre wäre die Busflotte ökologisch runderneuert und abgasfrei mit erheblichen zusätzlichen Kapazitäten am Start. Bei den schienengestützten Verkehrsträgern wird die Umsetzung leider viel länger dauern. Bis wir im Ausbau der Schienenwege an das letzte Jahrtausend anknüpfen können, werden noch einige Jahre vergehen. Bei den Schienenfahrzeugen sind die Produktionskapazitäten so runtergefahren worden, dass es schon jetzt einen teuren Wettkampf um die Kapazitäten gibt.

## Ohne Fahrschein mehr Fahrgäste

Denn Fahren ohne Fahrschein, da gebe ich den Kritikern recht, wird zu deutlich mehr Fahrgästen führen, aber das ist ja auch das Ziel. Es wird auch begleitende Maßnahmen (weniger Parkplätze zu höheren Kosten, dichtere Takte, bessere Umstiege etc.) brauchen, um möglichst viele Autofahrer zum Umsteigen zu bewegen.

Was nichts kostet, wird nicht wertgeschätzt, das war das Hauptargument gegen den fahrscheinlosen ÖPNV, als ich Ende der neunziger Jahre selbige Debatte in der Berliner PDS vom Zaun brach. Doch bis heute will es mir nicht einleuchten, warum der Vandalismus im fahrscheinlosen ÖPNV höher sein sollte als derzeit. Ich nehme eher an, dass ein Ende des Ärgers über die hohen Fahrpreise den Vandalismus senken würde, Doch sei es drum, es ist nicht auszudiskutieren. Wir können es nur testen, und es hat eigentlich auch nichts mit der Fahrscheinfrage zu tun.

Deshalb stellt sich mir nicht die Frage, ob es einen fahrscheinlosen ÖPNV geben sollte, sondern nur, wie und wann. Wir sollten die Chance der Debatte nutzen, und dieses wirklich gesellschaftsverändernde Projekt mit erheblichem Gerechtigkeitsfaktor voranbringen. Jetzt braucht es nicht grüne Totredner, sondern Visionäre mit Weitblick.

Freke Over

Fraktionsvorsitzender der LINKEN im  
Kreistag OPR

# Frauenwahlrecht weiter denken

## Änderung der Wahlgesetze reicht nicht aus



Foto: Pixabay

Vor hundert Jahren haben mutige Frauen und Männer in teils blutigen Auseinandersetzungen das Frauenwahlrecht erkämpft. Seitdem können Frauen wählen gehen und tun das auch in nahezu gleichem Maß wie Männer. Sie können sich aber auch als Abgeordnete wählen lassen - und das geschieht noch weit seltener. Entsprechend sieht die Zusammensetzung der Parlamente aus. Im Bundestag sank der Frauenanteil im vergangenen Jahr um 6 Prozent. Im Landtag in Potsdam sind lediglich 36,4 Prozent der Abgeordneten Frauen. Damit steht Brandenburg im Ländervergleich zwar vergleichsweise gut da. Von einer Partizipation zu gleichen Teilen kann jedoch keine Rede sein. Schauen wir eine Ebene darunter, stellt sich die Lage noch dramatischer dar: von den insgesamt 6.074 Sitzen in den Gemeindevertretungen im Land Brandenburg sind 1.414 durch Frauen besetzt. Das macht einen durchschnittlichen Anteil von 23,3 %, wobei die Spannweite unter den Kommunen und Parteien breit gefächert ist. In Potsdam zum Beispiel werden von insgesamt 56 Sitzen 22 durch Frauen besetzt. Das entspricht einer Frauenquote von 39,3 Prozent und ist damit deutlich überdurchschnittlich. Andernorts beträgt der Frauenanteil um die 10 Prozent. Das ist nicht gerecht, das verstößt gegen den Gleichstellungsgrundsatz und das schließt eine große Bevölkerungsgruppe von der politischen Mitbestimmung in Parlamenten aus. Deshalb ist der Staat verpflichtet, einzugreifen.

### Wahlrechtsänderungen diskutiert

Dazu werden aktuell Wahlrechtsänderungen diskutiert, etwa die Einführung eines Paritätsgesetzes. In einigen Ländern

werden Wahllisten nur zugelassen, wenn sie quotiert sind, etwa in Frankreich oder Polen. Diese Regelung könnte auch in das Bundes-, die Landes- und die Kommunalwahlgesetze übernommen werden (wobei es bei Direktwahlen und Kommunalwahlen mit einer einfachen Listenquotierung natürlich nicht getan ist). Aber eine Quotierung der Landeslisten würde ganz sicher den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen und ist deshalb eine gute Maßnahme.

Trotzdem: Die Änderung von Gesetzen und die Einführung von Frauenquoten sind nur ein Mosaikstein und letztlich eine Krücke. Es geht nicht nur darum, bestimmten Frauen den Weg in die Parlamente und zu mehr Mitbestimmung zu ebnet - und es geht auch nicht nur um Frauen.

Clara Zetkin, glühende Kämpferin für das Frauenwahlrecht, hat gesagt: »Ich will dort kämpfen, wo das Leben ist.« Und das Leben ist weit mehr als Mann und Frau. Es gibt eine große Vielfalt innerhalb der Geschlechter und es gibt auch noch mehr Geschlechter.

### Grundsätzlicher Wandel des demokratischen Systems nötig

Bei den fehlenden Frauen fällt es uns nur gerade auf, wie wenig repräsentativ unsere Parlamente zusammengesetzt sind. Für eine Politik, die Entscheidungen wirklich unabhängig vom Geschlecht trifft, muss man noch etwas genauer hinsehen. Wir wissen, dass Frauen von bestimmten Lebenssituationen häufiger betroffen sind als Männer. Wir können uns also nicht damit zufrieden geben, wenn Frauen männliche Rollenvorbilder in der Politik übernehmen und wir diese vermeintlich erfolgreichen Frauen dann in den parlamentarischen Raum integrieren.

Frauen sind häufiger alleinerziehend, langzeitarbeitslos, von Gewalt betroffen - eine höhere Frauenquote muss auch bedeuten, diese Frauen in der Politik abzubilden. Damit ist letztlich ein grundsätzlicher Wandel des demokratischen Systems verbunden - hin zu mehr Vielfalt und mehr Demokratie. Gleichberechtigung gilt

für alle - nicht nur für Besserverdienende.

Dafür ist aber noch so viel mehr zu tun als eine Änderung der Wahlgesetze:

1. Frauen stark machen, ermutigen, Mentoringprogramme anbieten, Vorbilder, Selbstbewusstsein stärken, Berufswahl unabhängig von Rollenklischees ermöglichen etc.
2. Rahmenbedingungen ansehen: Kinderbetreuung während Sitzungen übernehmen, Busfahrpläne anpassen, Aufwandsentschädigungen erhöhen, eine bessere Diskussionskultur, vereinbarkeitsfördernde Sitzungszeiten, eine neue Aufteilung von Sorgearbeit in den Familien etc.
3. Besondere Zielgruppen brauchen besondere Unterstützung, z.B. Alleinerziehende, Frauen aus dem ländlichen Raum, Frauen mit Behinderungen. Menschen mit Behinderungen und MigrantInnen dürfen nicht länger vom Wahlrecht ausgeschlossen sein.
4. Mehr Vielfalt in den Parlamenten: mehr Geschlechter, mehr Berufsgruppen, mehr unterschiedliche Lebenssituationen und -erfahrungen, denn wir wissen: gemischte Teams arbeiten besser. Das bedeutet in der Konsequenz auch: mehr Demokratie und Mitbestimmung, vielleicht auch durch andere Beteiligungsformen, mehr direkte Demokratie. Und das bedeutet auch eine größere Politisierung der Gesellschaft. Denn Demokratie ist mehr als Wahlen.

Hundert Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts können wir nochmal neu überlegen, was uns da auf den Weg mitgegeben wurde - und was eine Erweiterung des Wahlrechts grundsätzlich für uns heute bedeuten könnte.

*Monika von der Lippe  
Gleichstellungsbeauftragte  
des Landes Brandenburg*

## Aufgelesen

### Kreuzung

Dein Weg ist, woher du kommst  
dein Weg ist, wohin du gehst  
dein Weg ist, was du denkst  
dein Weg ist, was du fühlst  
dein Weg ist, was du wählst

*Janina Niemann-Rich, Lyrikerin*

# Kampf- und Feiertag zugleich

Freundschaftsgesellschaft Alt Ruppín lud zum Internationalen Frauentag ein

In »unserer« Gaststätte empfing mich bunter heiterer Trubel. Speziell unsere russischen und ukrainischen Freunde strahlten das besondere dieses Tages aus. Festlich gekleidet überbrachten sie ihre Glückwünsche mit Blumen und speziellen Köstlichkeiten, die auf der ohnehin reichlich gedeckten Tafel kaum Platz fanden. Ein altes Kampflied aus der ersten großen Frauendemonstration in Amerika, vorgelesen von der Kabarettistin Jane Zahn, prägte die Stimmung. Unser Thema an diesem Tag: Das Leben von Jenny Marx.

Barbara Hinz hatte in akribischer Arbeit einen eindrucksvollen Vortrag erarbeitet und entwarf das Bild dieser ungewöhnlichen Frau, die bereits vor ca. 200 Jahren das Recht auf Teilnahme am Kampf zur Veränderung der rückständigen gesellschaftlichen Verhältnisse, das Recht auf Mitbestimmung, auf Mitgestaltung und auf Teilhabe an Verantwortung für neue Ideen und Forderungen mit Selbstverständlichkeit beanspruchte - entgegen jeglicher gesellschaftlicher Norm ihrer Zeit und dementsprechend auch ihrer

persönlichen Bedingungen. Gebildet und klug ertrug sie Mangel (bis Not), materielle Abhängigkeit, Vertreibung und persönlichen Schmerz (von ihren sieben Kindern überlebten nur drei die Mutter).

Wie viel Unterschied zeigt dieses Lebensbild doch zu unseren heutigen Bedingungen, und dennoch, das Grundproblem besteht noch immer. Gleichberechtigte, ebenbürtige Inanspruchnahme gesellschaftlicher Mitbestimmung und -gestaltung für Frauen sind noch immer keineswegs eine Selbstverständlichkeit, nicht einmal in so entwickelten, wohlhabenden Ländern wie unserem (z.B. gleicher Lohn für gleiche Arbeit, selbst wenn sich das Arbeitsergebnis in Stückzahlen abrechnen lässt). Der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau ist Kampf um Menschenwürde



Nina (rechts) und ihre Freundin fühlten sich offensichtlich sehr wohl  
Foto: Rudi Menzel

## Kurzmeldungen

### Gute Kultur-Adresse

Eine der jüngsten Kultureinrichtungen im Kreis OPR, das Kulturgutshaus Köpelnitz, hat im ersten Halbjahr 2018 wieder ein interessantes Programm aufzuweisen. So hatte bereits im Januar eine Ausstellung des Fotokünstlers Jürgen Graetz mit Aufnahmen vom Stechlinsee und Umgebung Aufsehen erregt.

Am 26. April (19 Uhr) erfreut Folk im Gutshaus mit einer skandinavischen Gruppe. Am 6. Mai eröffnet eine Ausstellung »Sehnsucht nach Frieden« und am 27. Mai 2018 (14.30 Uhr) eine mit »Neuen Bildern aus der Mark - Malerei und Grafik« vom Neuruppiner Verleger Günter Rieger.

### An die Frauen gedacht

Die Wandergruppe des MSV hatte am 8. März ihren »Wandertag«. Auf Initiative von Arno Lisch ließ die Gruppe den Tag nicht vergehen, ohne ihre 35 Frauen zu würdigen. Übrigens wurde vor kurzem Sportfreund Arno Lisch für seine jahrelange unermüdliche Arbeit im Sport mit einer Auszeichnung geehrt.

### Idee für Himmelfahrt

Seit 1992 treffen sich jährlich zu Himmelfahrt Linke Europas und ihre Familien an wechselnden Orten, um an drei Tagen europäische Themen zu diskutieren, um zu feiern, das entsprechende Gastland kennenzulernen und schöne Tage mit netten und interessanten Menschen zu verbringen.

Das diesjährige 26. Europacamp findet vom 10.-13.05.18 in Störizland bei Berlin statt.

Anmeldungen und weitere Informationen unter: europacamp@sfel-r.de  
www.sfel-r.de

### Aus dem Programm

10.05.18

Anreise und Abendprogramm

11.05.18

■ Gesprächsrunden zu verschiedenen Themen mit:

- Stefan Ludwig, Minister der Justiz und für Europaangelegenheiten
- Helmut Scholz, MdEP
- Jaromír Kohlíček, MdEP
- Sören Pellmann, MdB
- Marco Büchel, MdL
- Grillabend mit »Lari und die Pausenmusik«

überhaupt und noch »ein weites Feld« im Weltmaßstab.

Barbara Hinz erhielt verdienten Beifall und große Anerkennung für die Auswahl des Themas und ihren Vortrag.

Elisabeth Chucher

12.05.18

- Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal Treptow
- Schifffahrt mit der »Weißen Flotte«
- Tanzabend mit der Band »Grenzgänger«

Sonja & Frithjof Newiak, Cottbus

### Die Heide erleben

Kremserfahrten in die Kyritz-Ruppiner Heide - die viele Bürger aus dem Kreis OPR und aus der Kreisstadt jahrelang auf Protestwanderungen und -veranstaltungen gegen das Bombodrom erlebt haben - sind jetzt möglich. Die Heinz-Sielmann-Stiftung, die einen Teil der Heide verwaltet und betreut, hat das erreicht. Wege sind von Munition befreit, Rastplätze eingerichtet worden.

Verschiedene Unternehmen bieten Kutschfahrten an. Über die Tourist-Information Rheinsberg ist Näheres zu erfahren. ch-

### Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. KV OPR  
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61  
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppín

## 9. Aktionsfahrradtour

In diesem Jahr folgt unsere Route weitestgehend wieder der Todesmarschstrecke. Wir beginnen in Perleberg und fahren über Wittstock und Neuruppin nach Oranienburg/Sachsenhausen.

### Zeitplan:

- o 27. April  
11 Uhr, Ankunft Wittstock - Marktplatz  
12.30 Uhr, Abfahrt nach Neuruppin  
16 Uhr Ankunft Neuruppin - Schulplatz
- o 28. April  
9.30 Uhr, Gedenken Mahnmal Wulkow  
10 Uhr, Abfahrt Richtung Oranienburg

Die 9. Aktionsfahrradtour des VVN-BdA:

- fördert die Erinnerung und das

Gedenken an die Opfer der Todesmärsche, von Faschismus und Krieg,

- unterstützt die politisch-historische Bildung an authentischen Orten,
- unterstützt die antifaschistische Arbeit der VVN-BdA,
- sucht das Gespräch mit Bürgern und Bündnissen gegen Rechtsextremismus
- ermutigt zum persönlichen Engagement für Humanismus und Demokratie
- wirbt für die Idee einer weltoffenen und multikulturellen Gesellschaft
- wirbt für Schritte zur Abrüstung und eine zivile Außen- und Sicherheitspolitik.

Eldor Müller

## Termine (Aktualisierung auf [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de) beachten)

Mittwoch, 18.4. u. 30.5.	<b>Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin</b> 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Sonntag, 22.04.18	<b>Landratswahl OPR</b> Eventuell notwendige Stichwahl am 6.5.18
Montag, 30.4. u. 18.6.	<b>Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Neuruppin</b> 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 30.04.18	<b>Feier zum 1. Mai</b> Ab 18 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Dienstag, 01.05.18	<b>Politischer Frühschoppen zum 1. Mai</b> Ab 10 Uhr, Wittstock - Galerie Marktgasse
Donnerstag, 3.5. u. 7.6.	<b>Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe</b> 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 3.5. u. 7.6.	<b>Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 7.5. u. 4.6.	<b>Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 7.5. u. 4.6.	<b>Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin</b> 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Montag, 07.05.18	<b>Lesen gegen das Vergessen</b> 17 Uhr, Wusterhausen - Jüdischer Friedhof am Uferweg
Dienstag, 08.05.18	<b>Kranzniederlegungen zum Tag der Befreiung</b> 11.00 Uhr, Wittstock - Sowjetischer Ehrenfriedhof Alt Ruppın, Fehrbellin, Kyritz, Neuruppin, Rheinsberg - OdF-Denkmal/ Sowjetischer Ehrenfriedhof <i>Bitte Tagespresse beachten!</i>
Dienstag, 08.05.18	<b>Lesen gegen das Vergessen</b> 17 Uhr, Kyritz - Marktplatz
Dienstag, 15.05.18	<b>Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR</b> 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch, 23.05.18	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Fr.-So. 8.-10.6.18	<b>Bundesparteitag DIE LINKE</b> Leipzig
Dienstag, 19.06.18	<b>Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR</b> 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 20.06.18	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**  
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: [redaktionml@dielinke-opr.de](mailto:redaktionml@dielinke-opr.de)  
Redaktion: Rudolf Brendler (verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-),  
Hans-Joachim Müller (hjm), Egbert Nowack (en), Jürgen Schubert (js)

## Kontakte

**Dr. Kirsten Tackmann**, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«, stv. Mitglied im Petitionsausschuss  
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308  
Funk: 0173/3804592  
[www.kirsten-tackmann.de](http://www.kirsten-tackmann.de)

**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**  
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893  
E-Mail: [bock@kirsten-tackmann.de](mailto:bock@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

**Wahlkreisbüro:** Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**  
Tel.: 03391/2383  
E-Mail: [schmudlach@kirsten-tackmann.de](mailto:schmudlach@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr  
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr  
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

**Wahlkreisbüro:** Marktgasse 2, Wittstock  
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**  
Tel.: 03394/4031363  
E-Mail: [bergmann@kirsten-tackmann.de](mailto:bergmann@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Die.-Do. 10.00 - 12.00  
Do. 16.00 - 18.00

**Margitta Mächtig**, Landtagsabgeordnete  
**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**  
Tel.: 033971/304941  
E-Mail: [maechtig@dielinke-opr.de](mailto:maechtig@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin**  
**Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**  
Schinkelstr. 13, Neuruppin;  
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422  
[www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de)  
E-Mail: [kv@dielinke-opr.de](mailto:kv@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr  
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**  
1. Montag des Monats 14.00 - 16.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**  
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr  
Mi. 13.00 - 16.00 Uhr

**Geschäftsstelle Kyritz**  
Wilsnacker Str. 1, Kyritz;  
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893  
E-Mail: [bock@dielinke-opr.de](mailto:bock@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

**Geschäftsstelle Wittstock**  
Marktgasse 2, Wittstock;  
Tel.: 03394/4031363/-64/-65  
E-Mail: [wittstock@dielinke-opr.de](mailto:wittstock@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr  
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr  
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:**  
**Erscheinungsdatum:**

**Fr., 01.06.2018**  
**Mi., 20.06.2018**